

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheinung jeden Sonntag. Abonnementpreis einschließlich Post und Porto (ohne Postgebühren) für das halbe Jahr 1,50 Mark, für das ganze Jahr 3,00 Mark. — Einzelhefte 5 Pf. — Redaktionsschluss: Montag morgens 8 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Insetale 60 Pf., Reklams 1,80 Mark, für Vorläufigungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Aufnahmedien 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer.

Die deutsche Arbeiterschaft im Kriege

Der Krieger ist ein Mann, der die Welt im Kriege sieht. Das ist die Wahrheit, die wir heute erleben. Die Welt ist ein Kampfplatz, und wir sind die Kämpfer.

Es soll hier nicht die Rede davon sein, was die aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen Soldaten an der Front, in der Kaserne und bei Artillerie- und Infanteriebataillonen geleistet, ertragen und geopfert haben. Zweifellos war bei den Scharen der Freiwilligen des Krieges der Arbeiterstand mit am zahlreichsten vertreten. Der Arbeiter, der durch die Schule der Organisation gegangen ist, wird an Mut und Tapferkeit, an Unerblichkeit und Kaltblütigkeit, an Opferstimm und Ausdauer von keinem Angehörigen anderer Stände übertroffen. Das der Industriearbeiter als Pionier und Aufschlitzer, als Eisenbahner, Kraftfahrer, Fernsprecher, Pfleger, als Artillerist oder beweglicher Infanterist wohl mit am besten zu gebrauchen ist, daß der Bergarbeiter im Minenkrieg, der Bau- und Holzarbeiter beim Bau von Unterständen an erster Stelle steht, ist schon oft durch hohe Offiziere bestätigt worden. Der deutsche Qualitätsarbeiter leistet großartig gegenüber dem Aufgebot der Massen; er ist nicht nur durch seinen erfolgreich geführten Kampf auf dem Weltmarkte bekannt, sondern auch als Soldat vom Gegner geschätzt.

Hier soll jedoch geredet werden von dem Arbeiter hinter der Front, von dem, was der Arbeiter und seine Familie im Kriege geleistet, was sie ertragen und geopfert haben, und wie er sich als Arbeiter und Staatsbürger in den 30 Monaten Weltkrieg verhalten hat.

Es ist nicht zübel behauptet, wenn wir sagen, daß neben dem gewerblichen Mittelstand und manchen Kreisen des Kleinhandels der Arbeiterstand im Kriege die größten Opfer gebracht hat und noch bringen muß. Wird ein Arbeiter zum Militär einberufen, dann verläßt die Familie den Ernährer. Die einzige Erwerbungsquelle, die er besitzt, seine Arbeitskraft stellt er dem Staate zur Verfügung; die Familie ist lediglich auf die Unterstützung und auf ihre wenigen Spargroschen angewiesen. Das tritt bei anderen Ständen nicht so kraß in die Erscheinung. Bei Bessersituierteren arbeitet das Geld auf Sparkassen und Banken weiter und trägt Zinsen ein; der Industrielle oder Aktionär erhält doch seine Dividenden, weil der Betrieb von anderen weitergeführt werden kann; dem Landwirt bleibt sein Grund und Boden, sein Haus, Hof und Vieh, die Wirtschaft kann von Frauen und Kindern, von Gefangenen und Abkommandierten, wenn auch nicht in vollem Umfange, weitergeführt werden. Dafür werden aber die Produkte um so viel höher bezahlt. Die Tätigkeit des kleinen Kaufmanns wird vielfach von der Frau oder von Familienangehörigen übernommen. Nur keine Beamten, Angestellten und besonders Lohnarbeiter, deren Vermögen und Besitz lediglich in ihrer Arbeitskraft besteht, verlieren durch den Krieg alles. Das hat für eine Familie bedeutet, braucht nicht ausgemalt zu werden.

Auch von der Dabstimmungskriegens hatte die deutsche Arbeiterschaft durch den Krieg am meisten zu leiden. Bei Kriegsausbruch wurden sofort Hunderttausende Arbeiter mobilisiert oder sie arbeiteten in eingekerkerten Schichten. Während Handel, Industrie und Landwirtschaft die Aufmerksamkeit zu ihrem Vorteil wandten, hatte der Arbeiter die Nachteile zu tragen. Das langsam mit dem Fortschreiten der Kämpfe auf der einen und dem steigenden Kriegsbedarf auf der anderen Seite kamen für ihn wieder bessere Löhne. Es soll angegeben werden, daß er einer

Reihe hoch qualifizierter Arbeiter im Laufe der Zeit gelungen ist, bedeutend höhere Löhne zu bekommen; der größte Teil kam aber, wie die Verlängerung dieser Tarifverträge, die Statistiken der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften beweisen, nicht über 10-20 Prozent Lohnerhöhung hinaus. Daneben sind für einen großen Teil Lohnkürzungen zu verzeichnen oder wenigstens keine Lohnaufbesserungen. Man denke an Heimarbeiterinnen, Textilarbeiter, Tabakarbeiter, Lederarbeiter und andere eingeschränkt arbeitende und stillgelegte Gewerbe. Von Kriegsgewinn kann bei der Arbeiterschaft jedenfalls nicht die Rede sein.

Die Arbeiterschaft hat trotzdem ihre ganzen Kräfte angespannt und sich in den Dienst des Vaterlandes gestellt. Sie hat die Opfer getragen und nicht wie so manche anderen die Konjunktur ausgenutzt. Und wo die Arbeiterschaft da oder dort dem schlechten Beispiele anderer Stände folgen wollte, mahnten die Führer zur Einsicht und Ruhe und wiesen auf die Pflicht als Arbeiter und Staatsbürger hin. Sofort nach Ausbruch des Krieges wurden alle Streiks abgebrochen. In keinem Lande sind während des Krieges so wenig Streiks zu verzeichnen, wie in Deutschland. In England brachen nach einer Jahresübersicht der „Labour Gazette“ im Jahre 1916 706 Streiks aus, worin 459 671 Arbeiter verwickelt waren und die zusammen 9 038 134 Arbeitstage kosteten. An erster Stelle stehen 79 Ausstände in Kohlengruben, an denen 297 301 Arbeiter beteiligt waren und wodurch 1 640 899 Tage verloren gingen. Im Jahre 1916 fanden 828 Ausstände statt, woran 268 378 Arbeiter sich beteiligten und 2 581 900 Arbeitstage verloren gingen.

Die deutschen Arbeiterorganisationen schlossen sich alsbald nach Ausbruch des Krieges mit Unternehmern in sogenannte Arbeitsgemeinschaften zusammen, um Wege zu suchen, wie die Schwierigkeiten des Gewerbes am besten zu überwinden sind. Die Arbeiterorganisationen arbeiteten mit der Umstellung der Betriebe von der Friedens- in die Kriegswirtschaft, schulten selbst ihre Mitglieder, unterstützten sie materiell und taten alles, um den Krieg möglichst bald zu gewinnen. Der Bayerische Ministerpräsident, Freiherr von Hertling, widmete schon Ende September 1915 im Bayerischen Landtag den gewerblichen Arbeitern „ein besonderes Wort des Dankes“:

„Sie haben die Opfer, welche ihnen zumal im Anfang des Krieges bei der Stöckung des Geschäftslebens auferlegt wurden, und das erhöhte Arbeitsmaß, welches in allen für die Landesverteidigung tätigen Betrieben von ihnen gefordert werden mußte, mit Klugheit auf sich genommen... Das patriotische Verhalten der Arbeiterverbände wird auch bei der bayerischen Regierung unvergessen bleiben.“

Bei den Vorberatungen über die Einführung des Hilfsdienstgesetzes gaben Arbeiterführer sofort ihre Zustimmung zu dem Grundgedanken, arbeiteten eifrig mit bei der Umgestaltung und stellten sich in den Dienst bei der Durchführung des Gesetzes, das ohne sie, wie der Chef des Kriegsministeriums Generalleutnant Groener, sagt, gar nicht möglich hätte funktionieren können. Noch vor wenigen Wochen, als unsere Feinde das Friedensangebot Deutschlands zurückwiesen, legten die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen in einem Schreiben an Generalleutnant Groener erneut das Versprechen ab, daß sie „alles daran setzen werden den vollen Erfolg des Gesetzes zu sichern, um die Pläne der Gegner Deutschlands zu vereiteln“. Der Reichstänker, dem ein ähnliches Schreiben übermittelt wurde, dankte „von Herzen für die kraftvolle Kundgebung Ihres entschlossenen vaterländischen Willens“. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schrieb bei der Einführung des Hilfsdienstgesetzes:

„Die deutschen Industrielle führen eine Arbeiterarmee, die an technischem Können, an Bildung und Geschicklichkeit, wie an Pflichtbewußtsein und Vaterlandstreue die jedes anderen Landes übertrifft... Die Anspannung der Kräfte, die enorme Steigerung der Erzeugungsmenge, zu der wir gezwungen waren und die wir vollbracht haben, fordert eine Eingabe, die nur ein solches vaterländisches Pflichtgefühl hervorbringen vermag. Der Hilfsdienst ist eine neue Probe auf dieses Pflichtgefühl. Er bringt Beschränkungen und Verzichte, an deren Möglichkeit noch vor wenigen Monaten niemand gedacht hat; er stellt die Arbeitskraft jedes einzelnen unter die Verfügungsgewalt der Allgemeinheit. Allein die deutsche Arbeiterschaft hat sofort und allgemein begriffen, daß diese neuen Opfer für das Vaterland und seine Zukunft nötig sind, und hat sie ohne Zögern freudig und freiwillig auf sich genommen. Arbeiter- und Angestelltenverbände, die zusammen 4 Millionen Arbeitnehmer vertreten, haben sich in diesen Tagen in Berlin versammelt, um ihren festen Willen zur Mitwirkung an der Durchführung der Hilfsdienstpflicht zu bekunden und über die Form dieser Mitwirkung zu beraten. Sie sind damit nur folgerichtig auf dem Wege weitergegangen, den die deutsche Arbeiterschaft bei Kriegesbeginn an eingeschlagen hat und von dem sie dann während der ganzen Jahre des Kampfes niemals abgewichen ist.“

Aus Anlaß des zweiten Jahrestages des Krieges richtete sogar unser Kaiser sich in einem Erlass an die deutsche Arbeiterschaft, in dem er seinen und des Vaterlandes „besonderen Dank“ den Arbeitern aussprach, „die in der Heimat in treuer Pflückerfüllung rastlos tätig waren und tätig sind, alle Streikmittel in vorbildlicher Vollkommenheit zu schaffen, die Heer und Marine zur Erfüllung ihrer gewaltigen Aufgaben Tag für Tag gebrauchen“.

Die Arbeiterschaft brachte und bringt aber noch andere Opfer. Man denke nur an unsere Lebensmittelpflege. Seit Beginn des Krieges setzten Preissteigerungen ein und der Verbraucher griff immer mehr um sich. Wer ist hauptsächlich das Objekt der Ausbeute? Die Arbeiterschaft. Der Landwirt hat selbst genügend Produkte für seinen Bedarf, und braucht die hohen Preise nicht zu bezahlen, der Kaufmann kann sich ebenfalls zuerst selbst versorgen, bei Bessersituierteren und Kriegsgewinnmachern spielen einige Mark Mehrerausgaben für Lebensmittel keine Rolle. Aber der Arbeiter, der ohnehin schon einen Lohn hatte, der kaum zum Unterhalte einer Familie reichte, muß die hohen Preise bezahlen. Die paar Pfennige Lohnerhöhung, die man ihm vor gewisser Seite unbedachtiger Weise vorhält, sind längst aufgezehrt durch die Steigerung der Produkte um 200 bis 300 Prozent. Es hieß deshalb für den Arbeiter die Sparpfennige opfern. Es galt für Frauen und Kinder mitzuverdienen, es hieß für den Arbeiter in Nebenstunden und bei Sonntagsarbeit seine letzten Kräfte anzuspannen, um die Preise für Lebensmittel, Kleidung, Schuhe, Wohnung usw. bestreiten zu können.

Nicht allein die Verzerrung traf den Arbeiterstand am schwersten, sondern auch die Warenknappheit. Unsere Landwirte und ihre Familien haben als Selbstversorger, was sie bedürfen, und es soll sogar Landwirte geben, die bei ihrem hohen Einkommen besser leben, wie in Friedenszeiten. Der Kaufmann kann die Marktlagerung zu seinen Gunsten leicht umgehen, der Bessersituierterer erschließt sich auf dem Wege des Schleichhandels manche Nahrungsmitteleinzelheiten, und hat er das nötige Geld, um für die noch unzureichenden Lebensmittel (Milch, Fleisch, Gemüse, Obst usw.) in beträchtlicher Menge kaufen zu können. Die Arbeiterschaft dagegen ist auf die überragende gewöhnlich nicht reichliche Ration oder auf die unzureichende angewiesen. Die deutsche Arbeiterschaft

Schaft ist, wie mehrmals anerkannt wurde, stets zu jeder nur denkbaren Entfaltung bereit gewesen, obgleich sie bei einem Einfall der Feinde in unser Land weniger zu verlieren hätten, als der Landwirt und der Besitzende.

Die Arbeiterschaft bringt die Opfer gern, die gebracht werden müssen. Sie hat schon schlimme Tage auch im Frieden durchgemacht und weiß, was es heißt, dem Leibriemen enger zu ziehen, um etwas durchzusetzen. Aber eine gerechte Verteilung, eine gleichmäßige Behandlung aller Volksschichten und erschwingliche Preise verlangt die Arbeiterschaft mit Recht. Man kann es der Arbeiterschaft nicht verdenken, wenn sie gegen offensichtliche Ungerechtigkeiten ihre Stimme erhebt. Amtsgerichtsrat Abgeordneter Schwarze sagt einmal in der „Germania“ am 26. Juli 1916:

„Man muß sich einmal in die Lage des Konsumenten denken. Er sieht Tag für Tag, wie Industrie, Handel und Landwirtschaft höhere Preise von ihm fordern, wie sie alle durch den Krieg begünstigt werden, und er allein ist der Leidtragende, an ihm wird an allen Enden gerupft und gepflückt.“

Die Arbeiterschaft hat während des Krieges also nicht nur Großartiges geleistet, sondern auch wohl am meisten ertragen und geopfert. Sie mußte dazu nicht fortwährend „angereizt“ werden. Es bedurfte weder besonderer Prämien noch besonderer Strafandrohungen. In Regierungskundgebungen sucht man vergebens nach Warnungen und Ermahnungen, stets finden wir Anerkennung und Dank für die selbstlose Hingabe der deutschen Arbeiterschaft.

Was die deutschen Arbeiterorganisationen geleistet haben, wie sie von Anfang an in Gemeinde, Staat und Reich bei Erledigung der gewöhnlichen Durchführung der mannigfachen durch den Krieg verursachten Fragen und Maßnahmen tatkräftig mitgewirkt und ihr Sonderinteresse dabei in den Hintergrund gestellt haben, welchen Einfluß die Arbeiterorganisationen und ihre Führer auf die Regierungsausgebung ausgeübt haben, ist es nicht der Ort zu erörtern. Es ist aber ein Faktum, daß die Arbeiterorganisationen öffentlich gerachtet werden kann.

Die Betrachtungen, die wir in unseren einzelnen Artikeln über das Verhalten der einzelnen Stände (Landwirtschaft, Handel, Industrie und Arbeiterschaft) im Kriege angestellt haben, sollen nicht Gegensätze hervorrufen oder einen Stein auf andere Stände werfen. Die geschilderten Dinge müssen aber aufgezeichnet und für spätere Zeit festgehalten werden. Die Arbeiterschaft und ihre Organisationen brauchen nichts zu verdammen und zu bedauern.

An der Schwelle der Entscheidung

Die Erklärung, die den sogenannten „verhüllten U-Bootkrieg“ ankündigt, darf sich zweifellos der freudigen Zustimmung der überwaltigenden Mehrheit unseres Volkes erfreuen. Sie stellt uns freilich vor eine Lage, deren Folgen niemand mit Bestimmtheit voraussagen kann, wer mit Überflucht entgegenzugehen wir jedoch alle Ursache haben. Rot allem haben wir Grund, nun auf eine klare Entscheidung zu hoffen, als sie ohne diesen folgenschweren Schritt möglich gewesen wäre. Diese Entscheidung besteht in bester Weise schon lange Zeit, und nicht diesen Gesichtspunkte wurde von allen möglichen Parteipositionen, Parteien und Persönlichkeiten in Wort und Schrift, durch große Kundgebungen wie durch einzelne Stimmen ausgehender Männer die Anwendung des verheerlichen U-Bootkrieges gefordert. Dieses immer lauter werdende Verlangen soll nun seine Erfüllung finden.

Man kann ruhig sagen, daß die Vorbereitung und Ausführung der öffentlichen Meinung auf diesem Wege gut und segensreich gewirkt hat. Das heißt und bedeutet nicht, daß sie jemals gewirkt hätte, wenn dabei gar nicht eingewirkt, wie in der Kriegszeit, man hätte sich nicht überlassen den Forderungen der Arbeiterschaft und den Wünschen der Bevölkerung. Es ist aber wahr, daß diese Arbeiterschaft und die Bevölkerung, die die Arbeiterschaft in dieser Frage nicht nur als Berater, sondern auch als Teilnehmer in die Entscheidung der Regierung einbezogen hat, die Arbeiterschaft und die Bevölkerung, die die Arbeiterschaft in dieser Frage nicht nur als Berater, sondern auch als Teilnehmer in die Entscheidung der Regierung einbezogen hat.

solche unangenehmen Folgen eingetreten sein, so kann man es auch deswegen mit Freude begrüßen, daß der neueste Schritt unserer verantwortlichen Regierung den Streit ein Ende macht und die volle innere Einheit und Geschlossenheit wiederherstellt. Wir brauchen sie für das Ende des Krieges nicht weniger als für den Anfang, wo schon die ersten Einbrüche und Entfaltungen von unermesslichem Wert waren.

Somit könnte man über diese unerquickliche Episode des erbitterten Meinungskampfes über den U-Bootkrieg jetzt einen Schleier breiten, wenn nicht noch versucht würde, den Entschluß der Regierung als eine Maßnahme zur besseren Einsicht oder als ein erhellendes, halb widersprüchliches Nachgeben gegenüber dem Druck der öffentlichen Meinung hinzustellen. Das würde auch eine falsche Vorstellung ergeben, die schon um deswillen nicht aufkommen darf, weil sie von grundsätzlicher Bedeutung ist und wir nicht wissen können, vor welche Folgen uns noch dieser — wie wir nicht ohne Berechtigung hoffen — letzte Abschnitt des Krieges stellt. Für den Erfolg unserer Kriegsführung ist es von grundsätzlicher Bedeutung, daß wir sicher sein können, daß die Erwägungen und Entschlüsse der höchsten politischen und militärischen Träger der Verantwortung in voller persönlicher Unabhängigkeit, vor allem aber unbeeinträchtigt durch die öffentliche Meinung erfolgen. Daß der Feldherr diese Unabhängigkeit besitzen muß, ergibt sich aus dem Wesen des Krieges selbst und aus den einfachsten Notwendigkeiten der Kriegsführung. Da jedoch der Krieg ein Mittel der Politik ist, so muß der Feldherr, wenn er zum guten Ende kommen will, sicher sein, daß auch die Leitung und Beurteilung der politischen Begleitumstände in fester Hand ist und keinesfalls bestimmt wird durch Einflüsse, die sich nur auf äußerliche Einbrüche aus allgemein bekannten Tatsachen und auf persönliche Ansichten ohne die eingehendste spezielle Begründung stützen. Eine solche Kenntnis der Lage, wie sie zu einer zuverlässigen politischen Leitung erforderlich ist, kann und darf nicht Allgemeingut und nicht der Öffentlichkeit zugänglich werden; sonst könnte sie ja auch der Feinde haben. Sie kann aber auch nicht von der persönlichen Verantwortung abgelöst werden, da die Verantwortlichkeit der militärischen Leitungen die größte Verantwortlichkeit und Bestimmtheit der Entschlüsse fordert. Es ist daher als eine gewöhnliche Verwirrung zu bezeichnen, wenn die öffentliche Meinung in den Glauben versetzt wurde, daß sie ein Urteil über den günstigsten Zeitpunkt der Anwendung einer bestimmten militärischen Maßregel, als auch einer anderen Anwendung der U-Boot-Waffe, besitzen könnte. Nur das Zusammenwirken der militärischen und politischen Leitungen, die beide ihre höchste entscheidende Stelle in dem Monarchen selber finden, kann die Gewähr geben, daß die gefassten Entschlüsse auch der wirklichen, nicht nur einer angenommenen oder gewünschten Lage entsprechen.

Selbstverständlich geht es manchem modernen Staatsbürger hart an, daß das Schicksal eines großen Volkes in der Zeit der folgenschwersten Entscheidungen in der Hand weniger verantwortlichen Persönlichkeiten ruht. Aber die Natur des Krieges bringt diese Notwendigkeit mit sich. Die Gefahr jeder anderen Lösung ist zu groß, als daß, wer sie kennt, sie würde übernehmen wollen. Aber gerade wer — sei es vermöge gründlicher eigener Kenntnis von dem Wesen des Krieges, sei es infolge einer modernen politischen Anschauung — das Ungeheuer, fast Unerkennliche der auf dem Kaiser, seinem leitenden Staatsmann und seinem höchsten militärischen Berater lastenden Verantwortung besonders stark empfindet, sollte die doppelte Verpflichtung fühlen, das Tragen solcher Verantwortung den leitenden Persönlichkeiten nicht doppelt zu erleichtern, sondern sie auch dann um der großen gemeinsamen Sache willen zu unterstützen, wenn man zu wissen glaubt, wie es vielleicht besser zu machen gewesen wäre. Dem Bedenken, daß ja damit einzelnen Menschen eine Art von Unsehbarkeit zugestanden werde, ist entgegenzusetzen, daß es eine unsehbar richtige Meinung im Kriege überhaupt nicht gibt, sondern nur einen besten, auf einschlägiger Ausübung der Wirklichkeit beruhenden Willen, dessen Überlegenheit sich durch den Erfolg ausweisen muß. Wie sich ein großes Volk bei ungewissenem Erfolg zu verhalten hat, ist eine Doktorfrage, mit deren Lösung sich zu beschäftigen unsere Gegner nicht weniger als wir selbst haben als wir.

Schwerlich bewußt sind, wird jetzt nach der Ablehnung unseres Friedensangebotes auch bei denen unter uns in seiner Notwendigkeit erkannt werden, die anfangs seine Gegner waren. Er trifft also das deutsche Volk in einer Geschlossenheit und einer Stärke des Siegeswillens, die an die ersten Kriegstage erinnern, nur daß der Ernst und die Fähigkeit, das Meiste zu tragen, noch gesteigert worden ist. Und so auch die militärischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen jetzt gegeben sind, können wir dem neuen Abschnitt des Krieges mit der stärksten Zuversicht entgegengehen.

Sind die Teuerungszulagen einkommensteuerepflichtig?

In Arbeiterkreisen ist infolge der Verhandlungen im Preuß. Abgeordnetenhaus Unruhe entstanden, weil angeblich Teuerungszulagen und Kriegsbeihilfen für die Staatsbeamten und Arbeiter nicht zur Einkommensteuer angemeldet zu werden brauchen. Anlaß dazu hat auch gegeben eine Verfügung des Preuß. Eisenbahnministers an die Eisenbahndirektionen, daß diese Kriegsbeihilfen zur Einkommensteuer nicht anzumelden seien. Zur Aufklärung unserer Kollegen sei hierzu folgendes mitgeteilt:

Nach Aufweisung der Preuß. Finanzverwaltung sind Unterstellungen, welche für besondere Notfälle einzelnen Arbeitern und Beamten gezahlt werden, nicht steuerpflichtig. Das war schon allgemeine Regel vor dem Krieg. Die Finanzverwaltung steht andererseits auf dem Standpunkt, daß die jetzt während des Krieges regelmäßig gezahlten Kriegsbeihilfen als solche Unterstellungen nicht zu betrachten sind, und daß es eines besonderen Gesetzes bedürfte, wenn sie von den Steuern befreit bleiben sollen. Dementsprechend wurde von dem Abgeordneten König und Schmidt (Gong) im Preuß. Abgeordnetenhaus ein Gesetzesentwurf eingebracht, nach dem die Steuerfreiheit dieser Kriegsbeihilfen ausgesprochen wurde. Dazu wurde bei der Beratung in der Haushaltskommission ein Antrag unseres Kollegen Bruff gestellt, daß auch die Kriegsbeihilfen, welche die in der Privatindustrie beschäftigten Beamten und Arbeiter beziehen, steuerfrei bleiben sollen. Dieser letztere Antrag wurde in der Haushaltskommission abgelehnt, nachdem der Finanzminister zwar der Steuerbefreiung der Kriegsbeihilfen für die Staatsbeamten und Arbeiter zugestimmt, aber die Ausdehnung auf die Privatangestellten und Arbeiter als unannehmbar bezeichnet hatte.

Am 18. Februar kam die Frage im Plenum des Abgeordnetenhauses zur weiteren Beratung und Beschlußfassung. Es wurden aber nun erneut zwei Anträge gestellt, welche die Privatangestellten und Arbeiter einbeziehen wollten. Der eine Antrag Braun war lediglich eine Wiederholung des in der Kommission abgelehnten Antrags Bruff. Ein Antrag Dr. König-Siegherts hatte folgenden Wortlaut:

Ebenso gelten die gleichartigen Bestimmungen wie für die Staatsbeamten, die aus Anlaß der Kriegsteuerung von Privaten an die in deren Dienst stehenden Personen (Angestellte, Arbeiter, Hauspersonal, Diensthoten, Gewerbetätige usw.) gemacht werden, nicht als steuerpflichtiges Einkommen.

Nachdem der Finanzminister auch im Plenum diesem abgeschwächten Antrag gegenüber ein Unannehmbar ausgesprochen hatte, beschloß das Haus die Zurückverweisung an die Kommission. Damit dürfte vorläufig die Angelegenheit begraben sein und wenigstens für die jetzt augenblicklich im Gange befindliche Veranlagungsperiode nicht mehr wirksam werden.

Es ist außerordentlich bedauerlich, daß die Preuß. Finanzverwaltung einen so einseitigen Standpunkt eingenommen hat gegenüber einer Forderung, für die ebensosehr Billigkeits- wie Gerechtigkeitsgründe sprechen. Die während des Krieges gezahlten Beihilfen sind ihrem Zweck und ihrem Charakter nach nichts anderes als Unterstellungen, wie sie in normalen Zeiten für besondere Notfälle gezahlt werden. Denn dieselben werden gewährt nicht als besonderes Entgelt für geleistete Arbeit, sondern aus dem Umstand heraus, daß die feststehenden Bezüge nicht hinreichen, die Kosten der Lebenshaltung bei der großen Kriegsteuerung zu decken. — Es sind also Kriegsnotbeihilfen. Die Finanzverwaltung würde sich nichts vergeben haben, wenn sie durch eine öffentliche Erklärung ihrerseits den Kriegsbeihilfen diesen Charakter gegeben hätte, wie der Preuß. Eisenbahnminister dies bereits seinerseits getan hat. Über den formalistischen Standpunkt der Finanzverwaltung hat diesmal leider gesiegt. In dieser Zeit der außerordentlichen Teuerung, wo auch das gesteigerte Sozialkonsumieren nicht mehr die Kosten der Lebenshaltung zu decken vermag, ist es ungewissen, inwieweit man sich erlauben würde, wenn man die Kriegsbeihilfen, die gezahlt werden, zu dem Zweck der Eindeutung einer direkten Hof. Steuerpflichtig macht. Da sind wir...

